76. Jahrgang. Nr. 145 Sonnabend, 26. März 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisnachlaß i. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1005 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Tardieus außenpolitisches Programm

Kein Verzicht auf die deutschen Reparationen!

Paris, 25. März. Im Verlaufe der Aussprache im Senat am Freitag über den Haushalt des Außenministeriums sprach Ministerpräsident Tardieu über die Außenpolitik Frankreichs. Tardieu erklärte einleitend, daß die Auffassung, der Völkerbund stehe auf schwachen Füßen, denjenigen zu verdanken sei, die seit 13 Jahren die Rolle des Völkerbundes herabgesetzt hätten. Um so wichtiger sei es daher jetzt, eine internationale Macht sicherzustellen und den französischen Vorschlag, den er auf der Abrüstungskonferenz eingebracht habe, anzunehmen.

Tardieu ging dann auf die Reparationspolitik der französischen Regierung über und erklärte, daß der jetzige Haushalt unter anderem 1178 Millionen Franken als Einnahmeposten aufweisen müsse, der die Reparationen darstelle, die Deutschland im Juli zu leisten habe.

Wenn man diese Eintragung nicht gemacht hätte, so würde das einen Verzicht Frankreichs auf die deutschen Reparationen bedeutet haben. Tardieu fuhr dann fort: „Niemand hätte uns das verziehen. Möge der Himmel geben, daß die 1178 Millionen sich eines Tages in unserer Kasse befinden.

In der Reparationsfrage ist Frankreich bereit, die freiwillig unterzeichneten Verträge den Verhältnissen anzupassen. Es verweigert aber eine Mißachtung der Unterschrift.

Das bedeutet, daß wir im kommenden Juni zur Lausanner Konferenz gehen, nachdem wir unseren Standpunkt dem der anderen Mächte, mit denen wir uns treffen werden, genähert haben. Wir werden aber entschlossen an unserer Auffassung festhalten, weil dies unser Recht ist und weil wir die Sicherheit von morgen auf die Unterschriften der Abkommen aufbauen wollen, die gestern getroffen worden sind, und die wir deshalb nicht zerstören können. Frankreich wird bis zum Ende für die Respektierung der Unterschriften eintreten und niemals zulassen, daß die Unterschrift auf irgendein Gewinn- oder Verlustkonto geschrieben werden könnte, wie irgendein eingefrorener Kredit. Wenn nicht während der zwei Monate bis zur Lausanner Konferenz Maßnahmen ergriffen werden, könnten ernste Ereignisse eintreten. Die Länder Mitteleuropas befinden sich gegenwärtig im Zustand des Moratoriums. Man muß also schnellstens für die Rettung Mitteleuropas etwas tun."

Tardieu erklärte dann, daß die Verhandlungen über

die Schaffung der Donau-Föderation

einen befriedigenden Verlauf nähmen. „Wir sind bei den Ländern, die beim Friedensvertrag entstanden sind und seit 13 Jahren mit uns gearbeitet haben, niemals auf die geringste Feindseligkeit oder Opposition gestoßen. Was England anlangt, haben wir wieder die Gewohnheit angenommen, freundschaftlich uns mit ihm ins Einvernehmen zu setzen, und man muß wünschen, daß dieses intime Handinhandgehen so stark wird, daß es niemals wieder aufhört." Tardieu sprach dann von Italien „einem großen Lande, mit dem wir wegen unserer Kultur und Rasse verbunden sind und von dem wir uns in gewissen Augenblicken vielleicht infolge gemeinsamer Fehler entfernten."

Frankreich und Italien

müßten eines Tages das, was sie trenne, und das, was sie gemeinsam hätten, ins rechte Licht setzen, dann würden die Gründe für eine Annäherung über die Gründe für eine Trennung den Sieg davontragen. Die gegenwärtigen innerpolitischen Schwierigkeiten sind ernst" so schloß Tardieu, „aber wir können ihrer Herr werden. Unsere auf demokratischer Grundlage aufgebaute auswärtige Politik muß im wesentlichen darin bestehen, niemals zu lügen und stets mit offenen Karten zu spielen. Diese demokratische Politik ist begründet auf unserem Einvernehmen mit England." — Tardieu erntete langanhaltenden Beifall.

Um die Zusammenkunft Tardieu-Macdonald

Paris, 25. März. Havas bestätigt, daß Ministerpräsident Tardieu gestern eine Mitteilung der englischen Regierung betreffend den französischen Plan der wirtschaftlichen Restaurierung der Donauländer erhalten und hierauf bereits geantwortet habe. Wahrscheinlich werde Tardieu in allernächster Zeit mit Macdonald und Sir John Simon zu einer Besprechung über diese Angelegenheit zusammentreffen.

Damit würde die Möglichkeit einer späteren Aussprache zwischen Macdonald, Brüning, Grandi und Tardieu nicht ausgeschlossen. Möglicherweise werde dann die Begegnung zu Vieren in Genf erfolgen, wenn anläßlich der Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz die Außenminister der verschiedenen Länder dort versammelt seien.

Stützungsanleihen für Oesterreich und Griechenland?

Paris, 25. März. Der Finanzausschuß des Völkerbundes, der am Donnerstag seine Arbeiten beendet hat, schlägt in einem Bericht den Regierungen eine gemeinsame Stützungsanleihe vor, die zunächst Oesterreich und Griechenland zugedacht ist, später aber auch auf andere Donaustaaten ausgedehnt werden soll, um ihnen die Ueberwindung der augenblicklichen Krise zu ermöglichen.

Der Kyffhäuserbund zur Abrüstungskonferenz

Die Entscheidung muß erzwungen werden!

Berlin, 25. März. In der neuen Nummer der Bundeszeitschrift „Kyffhäuser" veröffentlicht der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" eine Erklärung, von der auch der Reichspräsident v. Hindenburg und der Reichskanzler Kenntnis erhalten haben: „Die deutsche Oeffentlichkeit hat den Eindruck gewonnen, daß der erste Abschnitt der Genfer Abrüstungskonferenz nicht die Grundlage zur Gleichberechtigung Deutschlands geschaffen hat. Tausende von Kundgebungen innerhalb des Kyffhäuserbundes für Gleichberechtigung Deutschlands und Abrüstung der anderen, dürfen nicht wirkungslos verhallen.

Ungeachtet innerpolitischer Kämpfe muß der deutsche Freiheitskampf nach außen weitergeführt werden. Geboten ist daher Fortsetzung des Propagandafeldzuges mit größter Schärfe und Entschiedenheit. Wir verlangen, daß bei den weiteren Beratungen in Genf die deutschen Forderungen entschiedener und wirksamer als bisher vertreten werden. Unsere moralische Stellung in Genf ist unangreifbar. Es handelt sich um das Grundrecht einer großen Nation, um die Würde und die Lebensinteressen des deutschen Volkes, die einen Kompromiß nicht zulassen. Darum muß eine endgültige Entscheidung erzwungen werden. Es gibt kein Ausweichen unserer Gegner mehr oder ein Nachgeben unserer Vertreter. Wird Deutschland im Rate der Völker die ihm gebührende Gleichberechtigung verweigert, dann muß der Schlußstrich unter Genf gezogen werden. Das deutsche Volk will nicht länger die Kriegsschuldlüge, die Verweigerung der Gleichberechtigung und die Schande einseitiger Wehrlosigkeit ertragen."

„Zur Hälfte sozialisiert"

Englische Aussichten über die politischen Folgen der deutschen Notverordnungen

London, 25. März. „Nation" befürchtet, daß die fortlaufende Kette der durch die finanziellen Schwierigkeiten verursachten Notverordnungen und Verfügungen der Regierung Deutschland zu einem völlig bürokratischen Staat machen müsse. Die Beteiligung des Staates an der Sanierung der Banken und Schiffahrtslinien, der zwangsläufig trotz der schlechten Lage der deutschen Finanzen weitere staatliche Stützungsmaßnahmen für die Industriekonzerne folgen würden, bringe die Kontrolle über Finanz und Industrie fast völlig in die Hände der Regierung, und Deutschland würde ein ausgesprochen sozialistischer Staat, obwohl anzunehmen sei, daß unter den gegenwärtigen Umständen die sozialistischen Einrichtungen so gut wie gar keine Aussicht auf Erfolg haben und nicht zufriedenstellend arbeiten würden. Selbst wenn die Verhältnisse wieder normal würden, würde es außerordentlich schwer sein, das einmal Eingeführte wieder aufzugeben. Deutschland sei bereits zur Hälfte sozialisiert, was auf die furchtbaren Anstrengungen zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen dem Ausland gegenüber zurückzuführen sei, aber nicht dem deutschen Volk zum Vorteil gereiche.

Schreckenstaten der Verzweiflung

Ein Jenaer Oberlandesgerichtsrat erschießt sich und seine sechsköpfige Familie

Jena, 25. März. **In einem Hause der Westendstraße spielte sich in der Nacht zum Freitag ein Familiendrama ab, das sieben Menschen das Leben gekostet hat. Der Oberlandesgerichtsrat Dr. Wilhelm Meurer, der mit seiner Frau in Scheidung lebte, hat diese, seine beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, seine betagten, bei ihm wohnenden Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte und sich selbst erschossen. Sechs Personen waren sofort tot, die siebente starb im Laufe der Nacht. Unglückliche Familienverhältnisse und die bevorstehende Trennung der Familie sollen den Oberlandesgerichtsrat zu dieser furchtbaren Tat veranlaßt haben. — Zeugen der schauerlichen Tat sind nicht mehr am Leben.**

Dazu verlautet von der Justizpressestelle des Thüringer Oberlandesgerichts u. a.: „Die Familien der Oberlandesgerichtsräte Meurer und R. standen in freundschaftlichem Verkehr miteinander. Im Laufe der Zeit entwickelten sich daraus nahe Beziehungen zwischen Meurer und Frau R., die den Bestand beider Ehen gefährdeten. Beide Ehepaare beschlossen, in Frieden auseinanderzugehen und die Ehen zu lösen. Das Landgericht in Weimar schied im Februar d. J. beide Ehen. Meurer wurde an das Amtsgericht in Altenburg versetzt, wo er am 1. April seinen Dienst antreten sollte. Er beabsichtigte, in nächster Zeit Frau R. zu heiraten. Seine geschiedene Frau wollte Anfang April beim Umzug den Eltern ihres Mannes helfen, die mit ihm in einem Hause wohnten. Dann wollte sie mit ihren beiden Jungen nach Rudolstadt ziehen. Die verschiedenen Umzüge waren bereits in die Wege geleitet. Die Unterhaltsfragen waren geregelt. Was Meurer unter diesen Umständen zu seiner unseligen Tat getrieben hat, ist unerklärlich." — Zu dem Verlauf der Tat ist ergänzend zu melden: Im Wohnzimmer waren gegen Mitternacht mit Meurer die drei Frauen anwesend, die er zuerst tötete, ehe er dann in den anderen Räumen sein blutiges Werk vollendete und sich selbst tötete. Die beiden Kinder lagen bereits in ihren Betten, als der Vater die Waffe gegen sie richtete. Bei allen Personen ist der Tod durch Kopfschüsse eingetreten. Die beiden jüngeren Frauen standen in den dreißiger Jahren. Meurer war 36 Jahre, seine beiden Kinder 5 und 7 Jahre alt. Die Eltern stammen, wie wir erfahren, aus Gotha, wohin sie nach Auflösung des Haushalts ihres Sohnes zurückkehren wollten.

Fünf Todesopfer eines Familiendramas

Kowno, 25. März. In dem Städtchen Seredzius spielte sich in der Nacht zum Freitag ein blutiges Familiendrama ab, das fünf Menschenleben forderte. Der Ortsbriefträger, dessen junge Frau wegen dauernder Mißhandlungen Donnerstag abend zu ihren Eltern geflüchtet war, begab sich in später Nachtstunde mit zwei Revolvern bewaffnet zu den Eltern seiner Frau. Im Verlauf der Auseinandersetzungen tötete der Rasende seine Frau, seinen Schwiegervater, den Kutscher, mit dem er zu der Familie gekommen war, und einen Nachbarn des Hauses. Seine Schwiegermutter, vor deren Augen sich die Tat abspielte, starb an einem Herzschlag. Bei der Verhaftung verletzte sich der Täter durch einen Kopfschuß schwer.

Eine Mutter tötet sich und ihre drei Kinder

Berlin, 25. März. Im Norden Berlins ist am Freitagmorgen eine grauenhafte Bluttat entdeckt worden. In der Bergstraße wurden die 33jährige unverheiratete Klara Engwicht und ihre drei Kinder im Alter von zwei bis sieben Jahren an den Pfosten ihrer Betten erhängt aufgefunden. Die Mordkommission stellte fest, daß Klara Engwicht, die im achten Monat schwanger war, offenbar in einem Anfall seelischer Depression diese Wahnsinnstat begangen hat. Die so tragisch aus dem Leben Geschiedene ist bis vor kurzem Reinemachefrau bei einer Möbelfirma gewesen. Sie mußte diese Stellung jedoch wegen ihrer Schwangerschaft aufgeben und bezog seither für sich und ihre drei Kinder Wohlfahrtsunterstützung.

Flugzeugunglück in Frankreich. Bei Istres (Südfrankreich) stießen am Freitag zwei Flugzeuge zusammen. Beim Absturz fanden beide Piloten den Tod.

Das Unglück am Großglockner

Salzburg, 25. März. Das Touristenunglück am Großglockner hat sich, wie aus Kaprun gemeldet wird, folgendermaßen abgespielt: In der Nähe des Beerenkopfes stürzte einer der fünf Touristen in eine Gletscherspalte. Die übrigen vier Personen wollten von der Oberwalder Hütte Hilfe holen, verirrten sich jedoch infolge Einbruchs der Dunkelheit und mußten im Freien übernachten. Dabei sind, wie bereits gemeldet, drei Personen erfroren, und zwar der 23jährige Willi Rapp aus München, der Ortskrankenkassenassistent Franz Haberlander aus Traunstein und eine Dame, die bisher nicht identifiziert werden konnte. Der vierte Tourist, der am nächsten Tage mit erfrorenen Händen und Füßen nach der Oberwalder Hütte gebracht wurde,

der Hilfsassistent Hans Kagerer vom Amtsgericht Traunstein, ist gestern nachmittag gleichfalls gestorben.

Der fünfte Teilnehmer, der in die Gletscherspalte gestürzt war, ist mittlerweile von zwei Touristen, die auf dem Wege zum Moserboden waren, gefunden und aus der Gletscherspalte befreit worden, in der er sich 45 Stunden befunden hatte. Er hatte nur eine leichte Verletzung am Fuß und konnte den Weg zum Moserboden auf Skiern zurücklegen. Er heißt Hermann Leonbacher und ist aus Traunstein in Bayern.

Die zur Bergung der drei Erfrorenen aufgebrochene Rettungsexpedition war bis heute vormittag 9.30 Uhr noch nicht nach Heiligenblut zurückgekehrt, da sie einen nicht zur Verunglücktengruppe gehörenden Alleingänger, der in eine Gletscherspalte am Johannisberg gefallen war, zunächst bergen mußte.

Raubmord an einer Siebzigjährigen

Ratibor, 25. März. Die 70 Jahre alte unverehelichte frühere Köchin Josepha Trulley wurde in ihrer Wohnung in Ratibor erwürgt aufgefunden. Sämtliche Behältnisse in der Wohnstube waren erbrochen und durchwühlt. Auch das Sparkassenbuch — die Ermordete soll sich in ihrer früheren Stellung etwa 8000 Mark erspart haben — fehlte. Die Tat ist schon vor etwa 14 Tagen verübt worden. Das Verschwinden der Greisin war nicht aufgefallen, da man glaubte, daß sie zu ihren Verwandten nach auswärts gefahren sei. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

SLUB
Wir führen Wissen.